Einzelpreis 20 Pfg. • 4. Jahrgang | Dienstag, 11. Januar 1921 | Nummer 16 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 14,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Gebühr-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 30.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 4,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4692, 4835, 4849, 4921

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der begnadigte Mörder

Sogenannte Rechtsgründe für die Freisprechung Oberleutnants Vogels

Die Amnestierung Vogels ist am 28. Dezember 1920 durch die III. Strafkammer des Landgerichts II erfolgt. Hier sind die Gründe dafür oder vielmehr das, was von einem Gericht der sogenannten demokratischen Republik als „Gründe" bezeichnet wird:

Durch das Urteil des Kriegsgerichts der G. K. Sch. D. ist der Oberleutnant a. D. Vogel von der Anklage der Duldung einer strafbaren Handlung aus § 143 M. St. G. B., sowie von der Anklage des erschwerten Wachtverbrechens im Felde in Tateinheit mit rechtswidrigem Waffengebrauch im Dienste und Mord freigesprochen, aber wegen erschwerten Wachtverbrechens im Felde in Tateinheit begangen mit Begünstigung während Ausübung des Dienstes, mit Mißbrauch der Dienstgewalt nach § 113 M. St. G. B. und Beiseiteschaffung einer Leiche, sowie in einem weiteren Falle wegen vorsätzlich unrichtiger Abstattung einer dienstlichen Meldung zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren und vier Monaten Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt worden, wobei fünf Monate Gefängnis für die dienstliche Falschmeldung, zwei Jahr Gefängnis und Dienstentlassung aus dem § 141, Absatz 2, 34 und 54 M. St. G. B. für die übrigen Straftaten eingesetzt wurden.

Das strafbare Verhalten des Verurteilten besteht nach dem Erkenntnis darin, daß er am 15. Januar 1919 unter einer schweren und einen erheblichen Nachteil verursachenden Verletzung seiner Transportführerpflichten und zugleich in der Absicht, den Mitangeklagten Runge, sowie den unbekannten Täter, der den Pistolenschuß abgefeuert hat, **der Bestrafung zu entziehen**, zwei Untergebene, Poppe und Weber, durch Mißbrauch seiner dienstlichen Stellung veranlaßt hat, den Leichnam der Frau Luxemburg durch Hineinwerfen in den Landwehrkanal ohne Vorwissen der Behörden zu beseitigen, und daß er dann über diese Vorgänge eine dienstliche Meldung vorsätzlich falsch erstattet hat.

Nach den Feststellungen des Urteils erfolgte am 15. Januar 1919 die Festnahme der Führer der Spartakistenpartei, Dr. Liebknecht und Frau Dr. Luxemburg **ohne amtlichen oder dienstlichen Auftrag durch Mitglieder der Wilmersdorfer Bürgerwehr**, weil diese sich mit Rücksicht auf die damaligen politischen Unruhen und Kämpfe mit den Anhängern der Spartakistenpartei dazu für berechtigt hielten. Auf dem Transport vom Eden-Hotel, wohin sie inzwischen gebracht worden war, nach dem Untersuchungsgefängnis in Moabit wurde Frau Luxemburg dann getötet und ihr Leichnam ins Wasser geworfen. In Anbetracht der unruhigen Zeiten waren damals die Gemüter im allgemeinen schon aufs höchste erregt, besonders aber bei den Regierungstruppen, zu welchen der Oberleutnant a. D. Vogel gehörte, herrschte gegen die Getötete eine große Erbitterung auf Grund der Ueberzeugung, daß die Getötete gegen die Regierung wirkte und Unruhen veranlaßt hat. Die Tötung der Frau Luxemburg erfolgte in der Absicht, **die damals offen gegen die Regierung kämpfenden Spartakisten einer Führerin zu berauben, und zwar offensichtlich durch die politische Lage ausgelöst.** Die Straftaten des Oberleutnant a. D. Vogel schließen sich der Zeit und ihrer Beweggründe nach eng an diese Tötung an. Wenn es sich hierbei besonders aus Rücksicht darauf, daß Frau Luxemburg bereits festgenommen und machtlos war, auch nicht um die eigentliche Abwehr eines hochverräterischen Unternehmens gegen das Reich handelte, so sind die Tötung und mithin auch die ihr nachfolgenden Straftaten nach den Umständen des Falles doch als im Zusammenhang mit einer solchen Abwehr begangen anzusehen, so daß sie nach § 1, Absatz 3 des R.G. vom 4. 8. 20 als straffrei erscheinen, soweit nicht die Einschränkungen dieses Absatzes oder der Absatz 4 entgegenstehen, was bei den Straftaten wegen deren die Verurteilung des Oberleutnant a. D. Vogel erfolgte, nicht zutrifft.

Die Handlungsweise des Verurteilten läßt zwar eine unerhörte Rohheit und Gewissenslosigkeit erkennen, sie hatte aber unter anderen gleichzeitig auch den Zweck, die an der Tötung der Frau Luxemburg schuldigen Personen der Bestrafung zu entziehen, so daß sie jedenfalls nicht lediglich auf Rohheit, Eigennutz oder sonstigen nicht politischen Beweggründen beruhte. Nach Absatz 4 a. a. O. sind die gegen das Leben gerichteten Verbrechen (§ 211, 212 und 214 St. G. B.) von der Straffreiheit ausgeschlossen.

Von den Straftaten des Oberleutnant a. D. Vogel kommt hier nur die Begünstigung im Sinne des § 257 St. G. B. in Frage. **Diese Begünstigung hatte den Zweck, nach der Tötung der Frau Luxemburg die Täter der Bestrafung zu entziehen, war also an sich nicht mehr gegen das Leben einer Person gerichtet.** Das Gesetz vom 4. August 1920 gibt keinen Anhalt dafür, wieweit der Kreis der gegen das Leben gerichteten Verbrechen auszudehnen ist. Unbedenklich werden alle eigentlichen Teilnahmehandlungen, wie Anstiftung und Beihilfe, als einbegriffen erscheinen, von einem Umgehen gegen § 257 St.G.B., das schon durch seine Stellung im System des St. G. B. rein äußerlich eine selbständige Bedeutung hat, wird dies in Ermangelung von Umständen, die einen gegenteiligen Willen des Gesetzgebers vorkommen lassen, nur dann anzunehmen sein, wenn die Begünstigung vor der Begehung der Straftat, auf welche sie sich bezieht, bereits zugesagt worden ist. Eine solche Feststellung ist aber in dem Urteil nicht getroffen worden.

Gemäß § 2 des R.G. vom 4. 8. 20 sind die verhängten Strafen, soweit Straffreiheit gewährt wird, nicht zu vollstrecken.

Das bürgerliche Gericht glaubte sich auf das Urteil des Kameradengerichts stützen zu können. Dieses Kameradengericht führte keine objektive Verhandlung, sondern spielte eine lustige Komödie. Einer der Richter hat sogar die Flucht Vogels begünstigt und leistete Helfersdienste bei der Anfertigung der gefälschten Papiere. Der Spruch des Kameradengerichts ist also hinfällig. Er muß aufgehoben werden, zumal das Gericht es auch wagte, den Hauptschuldigen (Hauptmann Pabst) als Zeugen zu vernehmen. Er entlastete durch seine Aussagen gerade den Angeklagten Vogel, während er von Rechts wegen auf der Anklagebank als Erster hätte Platz nehmen müssen, denn er hat die Befehle zur Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts erlassen.

Außerdem liegt jetzt das Geständnis Runges vor, das die Mordaffäre objektiv und nach jeder Seite hin beweisbar wiedergibt. Damit sind alle Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des Verfahrens gegeben. Wenn die bürgerliche Justiz das nicht tun wird, dann ist sie ihrer jüngst verstorbenen Schwester, der Militärjustiz, nach jeder Seite hin würdig.

Der Pfahl im Fleische

Im Verlag von Trowitzsch u. Sohn ist soeben unter dem Titel „Mit Ehrhardt durch Deutschland" ein Buch erschienen, dessen Titelseite einen Soldaten mit Sturmgepäck zeigt, die Handgranate schwingend und die geliebte preußische Kriegsflagge zur Seite. Man könnte das Buch seiner äußeren Aufmachung nach für eine Scharteke halten, zur Erbauung für höhere Schüler und politische Kinder bestimmt. Aber schon ein flüchtiger Blick in die 218 Seiten zeigt, daß wir es hier mit einer Schrift von äußerst aktuellem Werte zu tun haben. Der Verfasser behandelt die Geschichte der Brigade Ehrhardt, von ihrer Gründung bis zu ihrer Auflösung nach dem Kapp-Putsch im Munsterlager; er zeichnet mit den schlichten Namen Rudolf Mann, doch ist dies nur ein Decknamen, hinter dem sich ein einflußreicher Offizier, sicher der Adjutant der Brigade Ehrhardt, verbirgt. Also ein Mann, der sehr vieles weiß und sehr vieles zu sagen hat.

Die Geschichte der Brigade Ehrhardt ist die Geschichte des neudeutschen Militarismus, die äußerlich mit der Bildung der Freikorps begann. Die kaiserlichen Offiziere waren sich am 9. November und in der kurz darauf folgenden Zeit keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß ihre Stunde wieder kommen würde.

Und die Stunde kam bald. Der Werberummel begann, und was dem Militarismus alles in die Arme strömte, das erzählt uns der Verfasser ohne jede Scheu. Arbeitsscheue, Tagediebe, Zuchthäusler, Spitzbuben und anderes Gesindel war es, das zuerst wieder unter die preußischen Fahnen eilte. Daneben eine kleine Zahl ehemals aktiver Unteroffiziere und Mannschaften, denen nun einmal das Soldatenspiel ein Broterwerb geworden war, und sicherlich auch ein ganz geringer Bruchteil an sich ehrlicher Menschen, die aus der Not eine Tugend machten und den Militarismus als Unterschlupf wählten, weil sie durch die Wirtschaftskrise in ihrem früheren bürgerlichen Beruf kein Unterkommen finden konnten.

Aus diesem Menschenmaterial zusammengesetzt, begannen die Freikorps ihre Hunnenzüge durch Deutschland, und es wird nun wohl verständlicher, warum diese militärischen Formationen, die angeblich das Vaterland vor dem Untergang retten wollten, bei allen ihren Streifzügen nur neue Verbrechen häuften. Der Verfasser ist nicht einmal unglücklich darüber, daß soviel minderwertige Elemente die Freikorps füllten. Wenn es zum Sturm ging, waren es die besten Soldaten, und man versteht das, weil ja eben ein Sturm auf Bürgerhäuser oder auf „Spartakisten" den Soldaten eine willkommene Gelegenheit bot, sich die Taschen zu füllen.

Die Brigade Ehrhardt holte sich ihre ersten kriegerischen Lorbeeren bei der Besetzung Braunschweigs. Doch ging es hierbei noch ziemlich friedlich zu. Weit herrlicher war für sie der Feldzug gegen München und der frisch-fröhliche Krieg in Oberschlesien. Dann kam eine tote Zeit. Die Truppe wurde nach Berlin dirigiert, weil man einen neuen „Spartakistenputsch" erwartete — und nach diesem Putsch wurde förmlich gelechzt, denn nur wenn geschossen wurde, fühlten sich die Offiziere und Mannschaften in ihrem Element. Auf der Fahrt von Oberschlesien nach Berlin wurden „die Wagen mit passenden Bildern und Inschriften geziert, bei denen Erzberger und andere Minister schlecht wegkamen." Als in Berlin der Putsch leider nicht kommen wollte, vertrieben sich die Freischärler die Zeit damit, schwarz-weiß-rote Umzüge zu veranstalten, Versammlungen zu sprengen und die Teilnehmer „mit Fäusten blutig zu schlagen". Die Reichsflagge wurde als ein Schmutzlappen stets abgelehnt. Als sich die Brigade Ehrhardt während der Friedensbewegung einmal im Berliner „Kaiserschloß" festgesetzt und die schwarz-weiß-rote Flagge gehißt hatte, protestierte eine Regierungsstelle. Antwort durch das Telephon: „Wer mit Gewalt an unserer Fahne rührt, bekommt einen Bauchschuß." — „Waas?" — „Einen Bauchschuß. B von Bertha, A von Anne usw."

An dieser Truppe hatte Noske seine helle Freude. Bei einer Parade in Wünsdorf sagte er Auge in Auge: „Ihr seid meine Getreuesten, in schwerster Stunde seid ihr gekommen, um mir zu helfen. Jetzt habt ihr Ordnung gemacht im lieben Vaterlande und einzelne haben sich neue Löcher geholt in die Haut zu den alten Narben. Das werde ich nicht vergessen und für Euch sorgen." Man sieht, Noske war der rechte Soldatenvater. Sein „Verdienst ist es gewesen, die richtigen Männer für die Führerstellen anzunehmen und ihnen Vollmachten zu geben und auch das Geld zur Geschäftsführung ohne kleinliche Bedenklichkeiten. Die Freikorps kamen teuer, aber der einzige Weg war es, um wieder Kerntruppen zu schaffen. Ohne diese wäre Deutschland untergegangen." — Wer? Das Deutschland der bürgerlichen Ordnung! Eine Truppe, die sich derartige „Verdienste" erworben hatte, brauchte natürlich auch nicht vereidigt zu werden. Mit Stolz hebt der Verfasser hervor:

„Der berühmte Eid auf die Verfassung ist uns erspart geblieben, oder vielmehr, wir haben uns, trotzdem er vonseiten der Regierung gefordert wurde, nicht zu ihm herbeigelassen. Uns gefiel diese Verfassung nicht."

Davon ausgehend, hat der Verfasser gewisse Vorteile für sich, wenn er behauptet, die Brigade Ehrhardt habe kein

Moloch ist unersättlich

Die Kosten der Rheinlandbesatzung

London, 10. Januar.

Der Berliner Berichterstatter der „Daily News" will aus amtlichen alliierten Kreisen erfahren haben, daß die Kosten der Aufrechterhaltung der verschiedenen alliierten Besatzungstruppen im Rheinland seit dem Waffenstillstand betragen: für das amerikanische Heer 263 474 170 Dollar, für das britische Heer 51 900 890 Pfund Sterling, für das französische Heer 2 002 998 060 Francs, für das italienische Heer 15 207 717 Lire und für das belgische Heer 314 940 698 belgische Francs. Außer den in Natura erfolgenden Lieferungen an die Besatzungsheere im Betrage von vielen Milliarden Mark **habe Deutschland in bar bisher folgende Summen gezahlt:** für das amerikanische Heer 608 Millionen Mark, für das britische Heer 266 Millionen Mark, für das französische Heer 1 427 841 000 Mark, für das belgische Heer 49 185 000 Mark. Uebrigens betrügen nach neuester Schätzung amtlicher amerikanischer Persönlichkeiten die Unkosten für das amerikanische Heer jetzt 80 000 Dollar täglich oder 6 Millionen Mark.

Lloyd George und Sinnfein

Unterhandlungsversuche

Utd. Tel. London, 10. Januar.

Der als Sinnfeinervertreter bekanntgewordene Pater O'Franagan hat vor seiner Abreise nach Irland eine längere Unterredung mit Lloyd George gehabt, die aber scheinbar kein zufriedenstellendes Resultat zeitigte. Während man in offiziellen Kreisen der Ansicht ist, daß damit noch keineswegs alle Friedensverhandlungen abgebrochen sind, dürfte es doch unwahrscheinlich sein, daß sie in London noch einmal mit O'Franagan aufgenommen werden.

Konferenz im Obersten Rat

HN. Paris, 11. Januar.

Der Oberste Rat wird in der nächsten Woche in Paris zusammentreten. Die Konferenz wird viel mehr einen militärischen als einen politischen Charakter haben. Marschall Foch wird vermutlich Erläuterungen zu seinem Bericht geben, den er über die deutschen Fehler bezüglich der Entwaffnung erstattet hat. Frankreich hat einen genau umschriebenen Vorschlag unterbreitet. Die Konferenz hat bekanntlich den Zweck, daß sich die Alliierten zunächst ganz einig werden.

Amerikas Austritt aus dem Botschafterrat

Paris, 11. Januar.

Wie der „Matin" meldet, hat der amerikanische Botschafter Wallace gestern abend dem Ministerpräsidenten Leygues mitgeteilt, daß er von nun ab **nicht mehr an den Sitzungen des Botschafterrates teilnehmen werde**; er hat auch erklärt, daß die amerikanische Regierung bei der Sitzung des Obersten Rates am 19. Januar sich nicht vertreten lassen werde. Nach einer Radiomeldung aus Washington werden die Vereinigten Staaten jedoch fortfahren, sich im Reparationsausschuß und in der Rheinlandkonferenz vertreten zu lassen.

hochverräterisches Unternehmen eingeleitet, als sie in Berlin einzog und die Regierung hinwegfegte. Damit rückt aber zugleich Noske als der Hauptverantwortliche für den Kapp-Putsch in den Vordergrund. Denn als wir an dieser Stelle im Herbst 1919 wiederholt darauf hinwiesen, daß die Brigade Ehrhardt noch nicht vereidigt sei, erklärte Noske in einem Dementi, die Vereidigung sei erfolgt und er wiederholte diese Lüge später sogar mit aller Bestimmtheit von der Parlamentstribüne herab. Da wird es verständlich, wenn aus Anlaß des Kapp-Putsches das rechtssozialistische Parteiblatt in Kiel die Verhaftung Noskes forderte und allen Ernstes verlangte, ihn wegen Hochverrats unter Anklage zu stellen. In Kiel hat Noske seine Revolution „gemacht". Die Kieler Parteifreunde mußten also wissen, wie es um Noskes Verdienst um die Republik bestellt ist. Und wenn sie jetzt das Büchlein über die Brigade Ehrhardt lesen, können sie ihre scherzhafte Forderung von neuem erheben.

Die Art, wie der Verfasser den Kapp-Putsch behandelt, was er darüber an Tatsächlichem mitteilt, verdient in einem besonderen Artikel beleuchtet zu werden. Soviel steht aber heute schon fest: Das Buch der Brigade Ehrhardt müßte jedem rechtssozialistischen Arbeiter in die Hand gedrückt werden, damit er es lese und erfahre, welcher Politik er länger als ein Jahr immer wieder seine Zustimmung gegeben hat. Er würde auch erfahren, und zwar jetzt von autoritativer Seite, daß die Noskepolitik ein Unglück für die deutsche Republik war, und daß jeder, der ihr seine Zustimmung gab, sich in der schwersten Weise an den Interessen seiner Klassengenossen versündigt hat.

Alles, was jetzt die Rechtssozialisten beklagen: die Reaktion in der Verwaltung, in der Justiz, in der Reichswehr, ist auf den Noskekurs zurückzuführen. Noske hat der Arbeiterbewegung durch seine blutigen Feldzüge, von monarchistischen Offizieren durchgeführt, die Flügel gelähmt, hat der Reaktion und dem Kapitalismus die Steigbügel gehalten, hat es ermöglicht, daß die Arbeiterklasse völlig in die Defensive gedrängt wurde, während Kapitalismus, Militarismus und Reaktion die Bahn frei bekamen zur Befestigung der alten Herrschaftsformen. Er hat mit der Schaffung und Bildung eines monarchistischen Heeres, die er ganz bewußt betrieben hat, auch der monarchistischen Staatsform die Wege geebnet. Und ist immer noch Eberts und Scheidemanns Freund, sitzt nicht weit ab von Holland und kann also, nachdem er als vorübergehender Feldherr und Stratege seine kaiserlichen Vorgänger so meisterhaft imitierte, jederzeit mit Wilhelm Hohenzollern die Plätze wechseln. Die Vorbereitungen dazu hat er getroffen.

Unverschämt, aber feige

Nachdem die unverschämte Einmischung des Orgesch-Demokraten Koch in die eigenen Angelegenheiten des Staates Bremen ihre Wirkung getan hat, versucht er jetzt einen Rückzug, anscheinend um der ihm drohenden Abrechnung im Reichstage zu entgehen. Durch eine Notiz in der „Vossischen Zeitung" sucht er zu bestreiten, daß er mit der Androhung des Ausnahmezustandes vorgegangen sei. Er habe lediglich gegen die fristlose Aufhebung der Stadtwehr Einspruch erhoben und sei dazu befugt gewesen, weil die Sicherheitspolizei zwar formell Landesangelegenheit ist, in Wahrheit aber vom Reich bezahlt wird, in Bremen sogar mit neun Zehntel der Kosten, während in Preußen das Reich nur vier Fünftel trägt.

Das ist eine freche Entstellung des Tatbestandes. Gewiß war Herr Koch nicht so dumm, offen mit dem Belagerungszustand zu drohen. Das war aber der seinem Schreiben nach Bremen zugrundeliegende Gedanke, und ist auch von der ganzen Presse nicht anders aufgefaßt worden. Im übrigen ist es ebenfalls entstellend, aus der Tatsache, daß das Reich einen Teil der Kosten der Sicherheitswehr trägt, das Recht abzuleiten, daß Bremen nun nach der Pfeife des Herrn Koch zu tanzen hätte. Sein Vorgehen war vielmehr eine unverschämte Einmischung mit der deutlichen und unbestreitbaren Absicht, die Wahl zu beeinflussen. Die Beurteilung dieser Handlungsweise bleibt deshalb auch durch die Tatsache völlig unbeeinflußt, daß dem großmäuligen Herrn Koch jetzt der Mut fehlt, diese Einmischung zu verantworten.

Die Orgeschdemokraten

Das „Berliner Tageblatt" und die bayerische Einwohnerwehr

Das „Berliner Tageblatt" hält es für zweckmäßig, unter der fetten Ueberschrift „Die Gewerkschaften und die bayerische Frage" folgende Notiz zu veröffentlichen:

Wie wir hören, haben kürzlich wiederum Besprechungen zwischen den Führern der Gewerkschaften und der Reichsregierung stattgefunden, die sich mit der Frage der Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren befaßten. Der Reichsregierung ist es hierbei gelungen, die Gewerkschaften von der Notwendigkeit der von ihr getroffenen Schritte zu überzeugen.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ermächtigt uns zur Veröffentlichung folgender Erklärung:

Zu dieser Mitteilung des „Berliner Tageblattes" erklärt der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß er an solchen Besprechungen nicht teilgenommen hat, daß ihm überhaupt von solchen Besprechungen nichts bekannt ist.

Wir möchten also wissen, welche gelbe und belanglose Gesellschaft hier als die Gewerkschaften hingestellt wird. Dem „Berliner Tageblatt" aber scheint das ins Programm zu passen. Es scheint Wert darauf zu legen, daß in der Oeffentlichkeit der Eindruck entsteht, als seien die freien Gewerkschaften mit der Orgeschregierung über die Frage der bayerischen Einwohnerwehren einig, womit die Stellung des Blattes zu der Frage abermals gekennzeichnet wird. Wenn so schlechthin von den Führern der Gewerkschaften die Rede ist, dann denkt nämlich jeder mit den Verhältnissen Vertraute an den Vorstand des A. D. G. B., verehrtes „Berliner Tageblatt". Und darum muß diesen Orgeschdemokraten gesagt werden, daß sie derartige Irreführungen der Oeffentlichkeit gefälligst unterlassen mögen.

Die Orgesch in Hessen

In Hessen-Nassau besteht ein sogenannter Jungdeutscher Orden, der in der Hauptsache aus früheren Zeitfreiwilligen zusammengesetzt ist und eine lebhafte Propaganda für die Orgesch auf dem Lande entfaltet. Auf Veranlassung des Oberpräsidenten Dr. Schwander wurde gegen den Orden ein Strafverfahren eingeleitet. Das Außerordentliche Gericht beim Reichswehrgruppenkommando 2 hat jetzt das Verfahren eingestellt, weil „nichts Belastendes vorliegt." Tatsächlich ist der Jungdeutsche Orden eine militärische Geheimorganisation; dafür sind die Beweise zu Dutzenden erbracht worden, aber ein militärisches Gericht kann natürlich nicht gegen seinen eigenen Bruder kämpfen. Nach seiner Entscheidung ist jetzt den Monarchisten gestattet, bewaffnete Banden zu bilden. Arbeiter hingegen wandern ins Zuchthaus.

Das ehemalige Kadettenkorps

Ein kostspieliges Vergnügen

Uns wird geschrieben: Die ehemaligen Kadettenanstalten interessieren uns insofern, weil in ihnen der reaktionäre Geist weitergepflegt wird und wir daselbst auch begabte, strebsame Kriegswaisen aus Proletarierkreisen — nicht untergebracht sehen. Wir haben die entsprechenden Forderungen vor über Jahr und Tag gestellt, natürlich vergebens. Denn dafür ist ja nie Geld da. Aber die Gebäude, das sämtliche Inventar (Betten, Bekleidungsstücke, Lebensmittel), die Lehrkräfte, alles das wird lediglich im Interesse reaktionärer Kreise gehalten und von ihnen ausgenützt. Zwar ist der Internatspreis etwas erhöht, aber dafür kann heute niemand einen Jungen kleiden, beköstigen, unterrichten. Die Anstalten arbeiten mit der gleichen, ja eher noch größeren Unterbilanz wie in Friedenszeiten, wo jeder Kadett dem Staate rund 4000 M. jährlich kostete! Wer bezahlt das eigentlich heute? Es scheint da ein dunkler Punkt zu sein, der der Aufklärung bedarf! Oder sind die Anstalten jetzt schon Privatanstalten gewisser Kreise geworden? Wo ist der detaillierte Etat dieser sogenannten staatlichen Bildungsanstalten? Entweder sind sie für alle gleichberechtigt da, oder sie müssen geschlossen werden. Für Versuchszwecke zugunsten einer gewissen Klasse haben wir kein Geld! Wo und wie und wem schießt der Staat resp. das Reich zu??

Welchen Zweck verfolgen sodann die Offiziere in Zivil („Oberinspektoren" genannt), Militärlehrer an den einzelnen Anstalten? Pensionierte Beamte dürfen nicht mehr im staatlichen Dienst bleiben, warum pensionierte Offiziere? Oder sind sie etwa noch im Heeresverband?? Welchen Zweck verfolgen an den einzelnen Anstalten die „Erziehungsdamen", die man aus nur exklusiven Kreisen vorsichtig gewählt hat? Oder ist es Zufall? Warum sind die leitenden Posten durchweg mit Schulmännern besetzt, die Reserve- oder Landwehroffiziere sind oder waren? Wem gehören die Gebäudekomplexe: dem Reiche, dem preußischen Staate oder gewissen Nutznießerkreisen? Vor allem interessiert uns der detaillierte Etat!

Herr Heinrich Schulz, der bei dem Wechselbalg dieser sogenannten staatlichen Bildungsanstalten Patenstelle stand, vermag vielleicht etwas nähere Auskunft zu geben?

Herr Konrad Hänisch, der als der Erzeuger dieses Versuchskaninchens obendrein die diskrete Geburt leitete, wird hoffentlich sein eigenes Machwerk nicht gut verleugnen können; er wird uns Aufschluß geben über die einzelnen Fragen sowie über die Alimente, die die arbeitende Klasse bei dieser Affäre für die Aufzucht des Nachwuchses der verkommenen Offizierskaste zu entrichten hat!

Sparsamkeit für die anderen

Vor einigen Monaten ist der Präsident des Landesfinanzamts Unterweser, Carl, als Finanzdiktator nach Berlin berufen worden, um durch eine gründliche Reorganisation der Behörden dem Grundsatz der Sparsamkeit Geltung zu verschaffen. Carl hat aber bisher keine Gelegenheit gehabt, seine Tätigkeit aufzunehmen, eine Erscheinung, die uns nicht überrascht, da wir von Anfang an wußten, daß seine Ernennung nur eine Verbeugung gegenüber der Oeffentlichkeit sein solle, eine wirksame Tätigkeit aber an dem Widerstand der Ministerien scheitern würde. Das ist denn auch in vollem Umfange eingetreten. Wie das „Berliner Tageblatt" von gut unterrichteter Seite hört, hat der Reichskommissar Carl sein Programm der Reichsregierung bereits vor zwei Monaten zur Entscheidung vorgelegt. Die Entscheidung ist aber immer wieder hinausgezögert worden. Durch das Drängen der Oeffentlichkeit ist die Reichsregierung veranlaßt worden, wenigstens zu erklären, daß die Entscheidung über das Programm in nächster Zeit erfolgen soll. Die Sache geht aber nur langsam vorwärts, weil die Voten der Reichsminister nur tropfenweise eingehen.

Daraus geht klar hervor, daß die Leute, die der Oeffentlichkeit stets die Notwendigkeit des Sparens klar zu machen suchen, gar nicht daran denken, bei sich damit anzufangen. Sie widersetzen sich jeder Einschränkung ihrer Behörde aus persönlichen und politischen Gründen. Sparsamkeit ist schön, denken sie, aber nur für die anderen, insbesondere für die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten.

Das Ende der Landesversammlung

Die preußische Landesversammlung nimmt am Dienstag um 2 Uhr ihre Plenarsitzungen wieder auf. Neben der Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts steht eine große Reihe wichtiger Gesetze auf der Tagesordnung, darunter das Hebammengesetz, das Domänen-Selbstbewirtschaftungsgesetz, der Entwurf über Kriegswohlfahrtsausgaben, über Wanderlager, über Oderhochwasserschäden, über Kommunalabgaben. Nach den Beschlüssen des Aeltesten-Ausschusses soll der Schlußtagungsabschnitt am Freitag beendet werden. Bei der Fülle des Materials dürfte damit zu rechnen sein, daß man auch am Sonnabend, vielleicht auch noch über den Sonnabend hinaus, zu beraten gezwungen ist.

Der Hauptausschuß der Landesversammlung hat die Durchberatung des Landessteuergesetzes abgebrochen und einen Unterausschuß eingesetzt, der gemeinsam mit der Regierung ein knapp gehaltenes Notgesetz entwerfen soll; die endgültige Regelung bleibt dem neuen Landtag vorbehalten.

Kandidatenliste der Rechtssozialisten. Die S. P. D. hat ihre Kandidatenliste für Westfalen-Süd für die Landtagswahlen aufgestellt. An der Spitze stehen: Hue-Bochum, Klupsch-Dortmund, Beuker-Iserlohn, Oesterroth-Hamm, Husemann-Bochum und Kahl-Dortmund.

Volksbühne und Neues Volkstheater

Die Berliner Volksbühne hat einen weiteren Schritt in der Richtung getan, ihren Mitgliedern den Genuß von Theatervorstellungen zu sichern, in denen ein künstlerisches Programm ohne Rücksichten auf das „Geschäft" verwirklicht werden kann. Soeben wurde ein Vertrag unterzeichnet, durch den der Verein Volksbühne das Neue Volkstheater in der Cöpenicker Straße 67/68 für einen Zeitraum von 3½ Jahren übernimmt, um es in eigener Regie zu betreiben. Aus der bisherigen Leitung scheidet Direktor Berisch aus, Direktor Goldberg bleibt als Beauftragter der Volksbühne künstlerischer Leiter; ihm tritt der Generalsekretär der Volksbühne, Dr. Nestriepke, als dramaturgischer Beirat zur Seite. Auf den Spielplan hat der künstlerische Ausschuß des Vereins ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht.

Das Neue Volkstheater stand schon einmal im Dienst der Volksbühnenbestrebungen. Ehe das Theater am Bülowplatz gebaut war, hatte es die Neue freie Volksbühne gepachtet und bewirtschaftete es von 1910 bis 1914 unter der künstlerischen Leitung von Licho.

Die Fertigstellung des Hauses am Bülowplatz erübrigte zunächst die Fortführung des Betriebes in der Cöpenicker Straße. Aber längst ist — vor allem seit dem gewaltigen Aufschwung der Volksbühnenbewegung nach der Revolution — dieser Bau für den Kreis der Volksbühnenmitglieder zu klein geworden. Um sich von minder geeigneten „Pachttheatern" frei machen zu können und die Möglichkeiten zur Aufnahme neuer Mitglieder zu erweitern, schritt der Verein zur Pachtung der ehemaligen Krolloper, die zu einer zweiten großen Volksbühne umgebaut werden soll, damit dort die Ensembles der beiden Staatstheater — Oper und Schauspiel — für die Mitglieder der Volksbühnenorganisation spielen können. Gern ergriff die Verwaltung des Vereins aber auch die Gelegenheit, die sich jetzt bot, das Neue Volkstheater ganz zu übernehmen. Die Volksbühne erhält hier ein Theater, das es ihr ermöglichen wird, gerade solche Stücke zu spielen, die sich für eine Aufführung in dem großen Hause am Bülowplatz weniger eignen.

Die Fertigstellung der alten Krolloper zu einem zweiten Massentheater ist nun nicht weniger dringend. Es soll deshalb auch an dieser Stelle noch einmal den städtischen Körperschaften nahe gelegt werden, der Volksbühne das von ihr begehrte Darlehn zum raschen Umbau schleunigst zu gewähren. Die breitesten Kreise der Berliner Bevölkerung warten mit Ungeduld auf die Eröffnung der „Volksbühne am Königsplatz". Je mehr die Minderbemittelten bei den jetzigen Preisen nur noch durch die Volksbühne ins Theater kommen können, umso dringender ist es, daß die Volksbühnenorganisation sich immer mehr eigene Theater angliedert und sie nach künstlerischen Gesichtspunkten leitet.

•

In Eisenach ist eine Freie Volksbühne geschaffen worden, die sich dem Verband Deutscher Volksbühnenvereine angliedern wird. Das Kunst- und Bildungsleben der Thüringer Arbeiterschaft wird dadurch sicherlich gefördert werden.

Schneider Wibbel

Rose-Theater

Am Freitag wurde im Rose-Theater soviel gelacht, wie sonst nur im Zirkus und Varieté, wenn die Komiker, Klowns und Exzentriks auftreten, oder im Kölner Tünnes-Theater, wenn es „Tünnes im Harem" gibt, eine saftige Posse oder einen Schwank.

Man spielte „Schneider Wibbel", die auch in Berlin schon längst bekannte rheinische Komödie von Hans Müller-Schlösser. Und das ist tatsächlich, wenn man sich an das Aeußere hält, an den Witz des Stückes, nichts anderes als solch eine derbkomische Bierpalast-Posse. Aber wenn man genauer hinsieht, dann ist es doch etwas anderes. Und zwar einfach deshalb, weil Hans Müller-Schlösser nicht ein x-beliebiger Possenreißer und Witzbold ist, sondern ein kluger und anständiger Mensch, fast hätte ich gesagt: ein Dichter.

Das Stück spielt im linksrheinischen, besetzten Gebiet, aber nicht 1921, sondern etwa 1810. Und Schneidermeister Wibbel hat, halbbesoffen wie er ist, beinahe soviel Mut wie ein deutschnationaler Reichstagsabgeordneter: er schimpft auf die Franzosen und — großer Gott! — sogar auf Napoleon. Dafür wird er zu vier Wochen Gefängnis verdonnert. Und nun sitzt ihm seine Courage plötzlich an derselben Stelle, wo sie auch bei unseren heutigen Patrioten sitzt, wenns ernst wird: in den Hosen. Er hat Angst und will nicht ins „Kaschott", und jammert und fleht, bis seine schlaue, kleine Frau einen Ausweg findet: für dreißig Taler zieht der Geselle unter Wibbels Namen und mit Wibbels Papieren in das französische Militärgefängnis und Wibbel sitzt derweil zu Hause unter der Treppe in der Rumpelkammer. Alles wäre schön und gut; aber nun passiert das Malheur. Der Geselle stirbt im Gefängnis, stirbt unter Wibbels Namen, mit Wibbels Papieren. Wibbel in seiner Rumpelkammer ist bei lebendigem Leibe tot. Er ist nicht bloß tot, er wird auch begraben. Er sieht seinem eigenen Begräbnis zu.

Aus diesem witzigen Einfall entstehen die komischen Wirkungen des Stückes. Aber während in den geschmacklosen Bierpalast-Possen diese Situationskomik immer übertrieben und zu Tode gehetzt und mit schon ganz unzweideutigen, aber immer gleichen Witzen übergossen wird, während, kurz gesagt, die üblichen Bierpossen langweilig und unanständig sind, ist „Schneider Wibbel" wirklich herzhaft komisch und lustig. Hier werden keine unanständigen und dummen Witze gerissen, sondern die komische und lustige Wirkung entsteht aus der Situation selbst und aus den verschiedenen Charakteren der verschiedenen Personen, aus der Art und Weise, wie sie sich in ihrer verrückten Situation benehmen. Sie stehen nicht da und machen faule Witze, wie die Komiker in den Possen das tun, sondern sie reden und tun ganz ernsthaft und, ohne zu lachen, das, was ihnen der Charakter eingibt. Daraus entsteht die sogenannte „unfreiwillige Komik"; und die ist viel feiner, amüsanter und gesunder als der oft an den Haaren herbeigezogene, zurechtgemachte, künstliche Witz der üblichen Possenreißer.

Wenn der verzweifelte, totgesagte, totgeglaubte und doch ach so lebendige Wibbel den wirklich toten Gesellen zugleich um seine „so leicht verdienten" 30 Taler und um seine Ruhe im Grabe beneidet („He het et jut: dreißig Daler un ligget in de Eer!") wenn er seinem eigenen Begräbnis zusieht und, von den Klängen des Trauermarsches zu Tränen gerührt, mit schmerz- und stolzerstickter Stimme schluchzt: „Fina, Fina! dat ick dat noch erleven du!" — das ist mehr als Witz, das ist Humor.

Die Aufführung des Rose-Theaters betont leider die derbe Situationskomik mehr als den dahinter schlummernden leisen und feineren Humor. Immerhin gehen die feineren Wirkungen in dem lauten Ulk nicht ganz verloren. Die Aufführung ist, wenn man bedenkt, daß das Rose-Theater ein kleines und nicht reiches Theater ist, durchaus nicht schlecht. Man lacht, man lacht vom Herzen. Und das ist viel.

Zum Schluß wurde mit lebhaftem Beifall auch der Regisseur Emil Lessing gerufen. Mit Recht — wenn auch nur für das überraschend gute Bild des vierten Aktes: in einer hellen Biedermeierstube eine sehr komische Begräbnisgesellschaft von lauter pitschwarz kostümierten, ulkigen Trauergestalten. Sie sitzen feierlich und würdig da und klatschen hinter vorgehaltenen Taschentüchern, was die bösen Zungen hergeben, über den eben Verstorbenen und seine Witwe. Und ich dachte bei mir, wenn im Zuschauerraum doch alle diejenigen, die damit gemeint sind, diese Szene und die lustige Verspottung nachbarlicher Heuchelei und Klatschsucht sich ein wenig zu Herzen nehmen wollten. Wieviel Gutes so ein Stück mit all seiner Komik und seinem Humor und seiner lustigen Unterhaltung in der Welt und in den Menschen hinterlassen und wirken könnte. Wenn nur die Menschen gut zuhören wollten.

Hans Siemsen

Eine Bölschefeier fand Sonntag im Neuen Volkstheater statt. Die Festrede war dem Direktor des Berliner Zoo, Professor Heck, übertragen worden, der sich im ganzen geschickt aus der Affäre zog. Den Sozialisten mußte es aber eigentümlich anmuten, als der Redner den Drang nach Naturkenntnis im Sinne des Strebens nach einer umfassenden Weltanschauung als eine deutsche Nationaleigentümlichkeit zu reklamieren versuchte. Außer der Festrede bestand das Programm noch aus der Darbietung von Chören (Berliner Lehrergesangverein), Kammermusik und Rezitationen (etwas merkwürdig zusammengestellt). Bölsche dankte für die Feier in Worten, die ganz seiner Persönlichkeit entsprachen. G. S.

Der neue Berliner Oberstadtschulrat

Am Donnerstag wird in der Berliner Stadtverordnetenversammlung voraussichtlich die Wahl des Lehrers Wilhelm Paulsen aus Hamburg zum Oberstadtschulrat erfolgen. Die reaktionäre Presse sucht gegen ihn eine Protestbewegung zu entfalten, die unter Aufstellung durchaus falscher Behauptungen dem Zwecke dient, die Aufsichtsbehörde wie im Fall Löwenstein zur Versagung der Bestätigung anzureizen.

Die „Vossische Zeitung" bringt aus der Feder ihres pädagogischen Mitarbeiters, Professors Dr. Paul Hildebrandt, einen Artikel über Paulsen, der die Eindrücke wiedergibt, die diesem die Bekanntschaft mit dem Menschen Paulsen und seinem Werk vermittelt hat. Nach einer ausführlichen Schilderung seiner Beobachtungen in den von Paulsen gegründeten Schulgemeinschaften sagt Hildebrandt über Paulsens Absichten:

„Wenn Paulsen, dessen kräftige Persönlichkeit durchaus sympathisch anmutet, und der mit einem lobenswerten Optimismus seine Aufgabe anpacken will, nach Berlin kommt, so will er keine der bestehenden Schulen zerschlagen; er will vielmehr nur da, wo sich der Wille zu solchen Gemeinschaftsschulen regt, Anstalten gründen, die die gleichen Ziele wie die Hamburger verfolgen. Er hofft, auch in Berlin den Boden dazu vorbereitet zu finden, und will dann diese Anstalten aus sich selber herauswachsen und durch ihr bloßes Dasein ihre Berechtigung erweisen lassen. Er will nach Berlin lediglich als Mensch, nicht als Politiker kommen, und bedauerte mir gegenüber lebhaft, daß auf seine parteipolitische Stellung in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung so starker Wert gelegt worden sei. Seine pädagogischen Auffassungen wurzeln allerdings in einer sozialistisch orientierten Weltanschauung. Aber es macht durchaus den Eindruck, daß er stark genug ist, die Schranken unfruchtbarer reiner Parteipolitik ohne weiteres zu durchbrechen, wo sie etwa seine erzieherischen Wünsche hemmen sollten. Ein Zusammenarbeiten mit ihm wird gerade deshalb auch für politisch anders Gerichtete möglich sein, weil er überall da, wo eine wirkliche Gemeinschaft zwischen Lehrern und Schülern vorhanden ist — ob im alten oder im neuen System —, diese achten und unberührt lassen will. Er will ehrliche Duldung aller erzieherischen Arbeit gewähren, verlangt aber auch Duldung für seine eigenen pädagogischen Neuerungen."

Zum Schluß sagt er über die Persönlichkeit Paulsens:

„Die Persönlichkeit Paulsens, dessen absolute Lauterkeit auch seine entschiedensten Gegner hier anerkennen, wirkt ungemein sympathisch. Es bleibt der Zweifel, ob es diesem Manne, der so ganz auf seinen Wirkungskreis eingestellt ist und so individuell in höchstem Grade zu arbeiten versteht, gelingen wird, die im wesentlichen verwaltungstechnische Arbeit in Berlin zu leisten und die ihm dort zweifellos bevorstehenden schweren Kämpfe siegreich auszufechten. In den Kreisen seiner Hamburger Freunde herrschen jedenfalls zwiespältige Stimmungen. Ueberall aber sieht man ihn mit Bedauern scheiden."

Es ist gleichgültig, ob diese Darstellung des Wesens von Paulsen richtig ist oder nicht. Sie zeigt jedenfalls, daß auch der politische Gegner Achtung vor dem Menschen und Schulmann Paulsen empfinden muß und daß irgendwelche Gründe zur Verfügung der Bestätigung nicht vorliegen.

Die „vornehme" Gesinnung

Uns wird geschrieben:

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg war wie viele andere Behörden während des Krieges gezwungen, Angestellte zu beschäftigen. Nachdem der glorreiche Feldzug beendigt ist, schreitet die Landwirtschaftskammer nun zur Entlassung dieser Angestellten. Hierbei sollen auf Grund der Demobilmachungsvorschriften Härten vermieden werden. Die Landwirtschaftskammer geht aber bei diesen Entlassungen von einem anderen Gesichtspunkt aus. Sie beschäftigt gutsituierte verheiratete Frauen, die es sich leisten können, aus Langerweile bei der Landwirtschaftskammer tätig zu sein, lieber an Stelle solcher Personen, die auf Erwerb angewiesen sind. Eine Angestellte, der man, nachdem sie 3½ Jahre bei der Landwirtschaftskammer beschäftigt war, kündigte, war der Meinung, daß man erst einmal diejenigen entlassen solle, die nicht auf Erwerb angewiesen sind. Der Schlichtungsausschuß bestärkte sie in dieser Auffassung und fällte eine endgültige Entscheidung auf Grund des Betriebsrätegesetzes, in der Weiterbeschäftigung oder Zahlung einer Entschädigung festgesetzt wurde. Die Landwirtschaftskammer lehnt es ab, diese Entschädigung anzuerkennen. Sie hat es aber noch nicht für nötig gehalten, der seit fast zwei Monaten Ausgeschiedenen ein Zeugnis über ihre Tätigkeit auszustellen, damit sie sich anderweitig Beschäftigung suchen könne.

In der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß erklärte der Vertreter der Landwirtschaftskammer, daß diese ihrem Personal stets in vornehmer Weise entgegenkomme. In demselben Atemzuge wandte der Vertreter, als er sah, daß die Angelegenheit zu ungunsten der Landwirtschaftskammer ausfallen könnte, ein, daß man der Landwirtschaftskammer kaum zumuten könne, eine Angestellte noch länger zu beschäftigen, die früher einmal Artistin gewesen sei. Dieser Einwand konnte jedoch sofort widerlegt werden, da die Betreffende niemals Artistin war. Die „vornehme" Gesinnung der Landwirtschaftskammer wirkt sich nun weiter dahingehend aus, daß man der Betreffenden, nachdem sie bereits seit zwei Monaten aus dem Dienst ausgeschieden ist, noch kein Zeugnis ausgestellt hat und daß man ihr auch die Zahlung der ihr auf Grund der Entscheidung des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin zustehenden Entschädigung verweigert.

Ein vorbildlicher Held

In Hannover an der Leine, einer Stadt, in der es sonst recht friedlich zugeht, sind die Reaktionäre in letzter Zeit sehr übermütig geworden. In einer Stadtverordnetensitzung erklärte der Stadtdirektor Tramm, daß er bei Ausbruch der Revolution Hannover verlassen habe, um sich von dem Pöbel nicht unter die Füße treten zu lassen. Die Arbeiter nahmen mit Recht an, daß der Ausdruck „Pöbel" auf sie gemünzt war; sie veranstalteten deshalb bei der letzten Stadtverordnetensitzung eine Protestdemonstration, zogen vor das Rathaus und schickten eine Deputation in den Sitzungssaal, die klare Auskunft darüber verlangte, ob Herr Tramm mit dem Ausdruck die Arbeiterschaft gemeint habe. Nun knickte der Herr auf einmal zusammen und erklärte, er habe die Arbeiter nicht beleidigen wollen. Das ist ein rühmenswerter Mut! Erst aus Feigheit kneifen, weil das böse Gewissen von der Revolution Schlimmes erwartet, dann nach überstandener Gefahr den Mund aufreißen und wieder zusammenknicken, wenn es gilt, die Verantwortung zu übernehmen: Wo ist da der Pöbel zu suchen?

Der Geist in Gefahr

Die erste Nummer des neuen französischen Gewerkschaftsblattes „Le Peuple" bringt nachstehenden eindringlichen Ruf:

„Die Umwälzungen des Krieges haben ihr Ende noch nicht erreicht. Der relative Friedenszustand läßt einen latenten Krieg im Herzen der Nationen bestehen. Der Kapitalismus setzte seine Untaten fort und vollendet noch die Verwüstungen des Maschinengewehrs. Nach dem Menschenfleisch wird nun auch noch der Menschengeist verstümmelt.

Das geistige Leben ist durch die Papierkrise bedroht. Das Monopol der Papierfabrikanten erschwert den gedanklichen Ausdruck täglich mehr. Volkserzieher und Gelehrte, welche die Aufgabe haben, das geistige Erbe zu vermehren, werden ihrer Arbeitsinstrumente, des ersten Elements der Freiheit und des Lichts, völlig beraubt.

Die Arbeiterklasse ist mehr als jede andere Klasse durch diese Erscheinung bedroht, da ihre Erzieher in Ohnmacht versetzt werden. Sie erhebt daher flammenden Protest gegen diese Gefahr, die von der Bourgeoisie absichtlich gefördert wird, weil diese von einer Erziehung der proletarischen Massen den Verlust ihrer Vorrechte befürchtet. — Dem schmerzlichen Protest von Wissenschaft, Kunst und Literatur, welche durch das unser Land entehrende Vorrecht der Papierfabrikanten von völliger Paralyse bedroht sind, wird der Allgemeine Gewerkschaftsbund in dem Bestreben, das köstlichste menschlichste Erbe zu retten, die Unterstützung der gemeinsam organisierten Arbeiterklasse entgegenbringen."

Um wieviel lauter muß nicht erst die deutsche Arbeiterschaft gegen diese geistige Aushungerung des Proletariats durch den Kapitalismus Protest erheben. Hier sind es freilich nicht nur die Papierfabrikanten, hier ist es der geschlossene Ring des Kapitals, der dem Proletariat die notwendigste körperliche und geistige Nahrung vorenthält. Die hohen Preise für Papier, die in erster Linie auf den Wucher der Fabrikanten und Holzindustriellen zurückzuführen sind, verteuern die Zeitungen, Bücher und Zeitschriften derart, daß die arbeitenden Klasse immer weniger als Käufer in Betracht kommt und sich dadurch natürlich auch nicht in erforderlichem Maße mit dem notwendigen geistigen Rüstzeug für ihren Befreiungskampf versehen kann.

Die Spektakelpolitiker

Kommunistischer Lärm im Mecklenburger Landtag

Die „Neue Berliner" meldet aus Schwerin:

Die Vorgänge von Leipzig, Berlin und Flensburg machen auch in Mecklenburg Schule. Der Mecklenburgische Landtag war gestern der Schauplatz wüster Auftritte. Der Minister des Innern entwickelte ein Programm der Regierung. Der kommunistische Abgeordnete Kollwitz unterbrach den Redner und erklärte, er verlange keine Reden sondern Taten. Er forderte eine Unterstützung der Arbeitslosen mit 500 bzw. 600 M. Die Mehrheitssozialisten unterstützten diesen Antrag nicht. Es entstand großer Lärm auf den Tribünen. Schimpfworte wurden den Mehrheitssozialisten entgegengeschleudert. Der Präsident mußte die Sitzung unterbrechen. Nur mit Mühe gelang es, die Tribünen zu säubern. Die Eingänge und Ausgänge wurden militärisch bewacht. Als dem Antrag der Kommunisten, sofort die Sipo zurückzuziehen, nicht entsprochen wurde, verließen die kommunistischen Abgeordneten das Haus.

Die Folge dieser die gesamte Arbeiterbewegung auf das schlimmste kompromittierenden Spektakelpolitik werden immer wieder neue Triumphe der Reaktion wie in Bremen sein, wenn es den Arbeitermassen selbst nicht sehr bald gelingt, den lärmenden Gesellen den Mund zu stopfen.

Zur Bewegung bei Löwe

Die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes erläßt folgende Erklärung:

In den Betrieben der Metallindustrie sind heute, Dienstag, telefonisch die Betriebsräte aufgefordert worden, eine Betriebsversammlung einzuberufen, um Stellung zu nehmen zu dem Streik bei der Firma Löwe. Gleichzeitig wurden die Betriebsräte geladen zu einer Versammlung für Donnerstag, die angeblich von der Betriebsrätezentrale und der USA einberufen ist.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß die maßgebenden Organisationen von diesen Veranstaltungen keine Kenntnis haben und fordern alle unsere Mitglieder auf, nur die Versammlungen zu besuchen, die durch unsere Tages- bzw. Fachpresse einberufen werden, und nur solchen Einladungen Folge zu leisten, die den Stempel der Ortsverwaltung tragen. Alle anderen Veranstaltungen gehen von unberufener Seite aus, und wir übernehmen dafür keinerlei Verantwortung.

Bundestag der pazifistischen Kriegsteilnehmer. Am Sonntag, den 16. Januar, findet, wie die „P. P. N." hören, im Muschelsaal des „Rheingold" der erste Bundestag des „Friedensbundes der Kriegsteilnehmer" — der an die Internationale der ehemaligen Soldaten angeschlossenen deutschen Organisationen — statt. Die vertrauliche Sitzung beginnt vormittags um 9½ Uhr, die öffentliche Kundgebung um 11½ Uhr. In der letzteren werden u. a. Karl Vetter, Hauptmann a. D. Willi Meyer, Dr. T. Wegner, Ignaz Wrobel, Henning Duderstadt, Artur Zickler und Karl von Ossietzky über innen- und außenpolitische Fragen sprechen.

Groß-Berlin

Bürgerliche Hetze

Die „Deutsche Tageszeitung" bemüht sich in ihrer heutigen Morgenausgabe wieder einmal, zu beweisen, wie die geistige Verfassung des deutschen Bürgertums zu bewerten ist. Da das löbliche Agrarierorgan für seine Rubrik „Aus der Reichshauptstadt" keinen Hofklatsch mehr bringen kann, fängt es an, in der widerlichsten Weise über einzelne Personen der sozialistischen Bewegung zu klatschen. Diesmal hat es ihr der Genosse Dr. Weyl angetan, wobei sie ihn als einen „Abzug von Sinowjew-Apfelbaum" bezeichnet. Das Interessanteste an der Sache aber ist, daß dieses niedrige Organ oder vielmehr sein „süddeutscher Mitarbeiter" (hat sich in Berlin keiner zu dem sauberen Geschäft gefunden?) genau der Methoden des „Sinowjew-Apfelbaum" bedient! Unsere Leser werden sich erinnern, daß wir Auszüge aus Sinowjews Broschüre über seinen deutschen Aufenthalt wiedergegeben haben, in denen die Beschimpfungen unserer Genossen enthalten waren.

In demselben Stil, ja fast mit denselben Worten, ist der Erguß der „Deutschen Tageszeitung" abgefaßt. Wir sind dem Scharfmacherorgan sehr verbunden, daß es uns so eindringlich demonstriert, auf welche geistige Höhe sich seine Polemiken bewegen. Eine Linie mit Sinowjew!

Der Direktor des Anschaffungsamtes, Herr Dr. Hiekmann, will von seinem Posten zurücktreten, weil er glaubt, mit dem Betriebsrat nicht zurecht zu kommen. Demgegenüber erklärt der Betriebsrat: „Dem Herrn Geh. Justizrat, ehemaligen Strafanstalts-Direktor war es als Juristen eine Wonne seinen Amtsschimmel im Paragraphenwalde des Betriebsrätegesetzes zu tummeln. Es war gerade der Herr Geheimrat, der jegliche sachliche Arbeit in einem Wust von Verfügungen und Erlassen erstickte. Daß er sich öffentlich öfters als warmer Anhänger des Betriebsrätegedankens erklärte, und daß es ihn reizt mit Sozialisten zusammenzuarbeiten, wollen wir ihm gern glauben, hatte er doch dadurch Gelegenheit sein juristisches Können in langwierigen Verhandlungen mit dem Betriebsrat zu erproben. Daß der Deputationsvorsitzende solche Zustände im Interesse der Berliner Steuerzahler nicht länger dulden konnte, ist selbstverständlich, und wenn das der Herr Geheimrat als Eingriff in seine Befugnisse auffaßt und sich grollend in seine Höhle zurückzieht, so können wir diesen Schritt nur auf das Wärmste begrüßen. Der Betrieb des Anschaffungsamtes wird durch den Rücktritt keinen Nachteil erleiden, sondern wir versprechen uns im Gegenteil jetzt, wo wir nicht mehr durch „meist zwecklose Verhandlungen aufgehalten werden" für den Betrieb des Amtes als auch für die gesamte Berliner Bevölkerung das Allerbeste."

Uebergangsverkehr auf der Straßenbahn. Vom 15. Januar 1921 ab werden für den Verkehr zwischen Berlin und den Strecken der früheren Heiligensee Straßenbahn, Cöpenicker Straßenbahn sowie der Linie III der früheren Berliner Ostbahnen (in Friedrichsfelde) Uebergangsfahrscheine zu dem Einheitspreise von 1,20 Mark ausgegeben. Diese Fahrscheine berechtigen zur Fahrt zwischen Berlin und den Strecken der genannten, jetzt mit der Berliner Straßenbahn vereinigten Bahnen. Der Uebergang auf die anschließende Bahn wird erfolgen im Verkehr zwischen Berlin und Cöpenick in Cöpenick, Linden- Ecke Bahnhofstraße, zwischen Berlin und Johannisthal in Friedrichsfelde, an der Kirche, zwischen Berlin und Heiligensee-Tegelort in Tegel, Schloßstraße.

Neue Volksbücherei. Am 15. Januar wird im Hause Grunewaldstraße 6—7 eine neue städtische Volksbücherei eröffnet werden und werktäglich von 12—6 Uhr der Benutzung zugänglich sein.

Der Mörder des Kriminalwachtmeisters Behnke verhaftet. Wie in später Nachtstunde gemeldet wird, ist in der Gastwirtschaft von Hennig in der Rigaer Straße 17 der Mörder des Kriminalwachtmeisters Behnke, namens Plaßek festgenommen worden.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Mittwoch. Ein wenig kühler, zeitweise kalt, jedoch sehr unbeständig, mit wiederholten Regenschauern und ziemlich starken westlichen Winden.

Sprengung der Bühnengenossenschaft. Wir haben bereits berichtet, daß in Berlin eine Gruppe gut bezahlter Bühnenkünstler, die sich „prominent" nennen, eine Sonderorganisation gegründet haben, um sich vor der Bühnengenossenschaft zu schützen, die ihnen allzu sozial ist. Der vorbereitende Ausschuß des neuen Verbandes bestätigt durch Zuschriften an die Presse, daß es sich um eine reaktionäre Gründung handelt. Sollte es nämlich dem linken Flügel in der Bühnengenossenschaft gelingen, das gemäßigte Präsidium zu stürzen (was natürlich nur legal geschehen kann), so wollen die Gutbezahlten ihre vorbereitete Sondergruppe zu einer selbständigen Gewerkschaft machen und die Bühnengenossenschaft verlassen. Die Sondergründung wird heute damit motiviert, daß die Bühnengenossenschaft nicht imstande sein soll, die Interessen der Schauspielerbourgeoisie gut zu vertreten, da die meisten Mitglieder der Genossenschaft Schauspielerproletarier sind, deren Interessen die Taktik der Bühnengenossenschaft beherrschen. Der vorbereitende Ausschuß des neuen Verbandes erklärt zwar, daß der Verband der Schauspielerbourgeois keinen Kampf gegen die Genossenschaft will, ob er aber nicht sehr bald in der Praxis als Kampfverband gegen die Bühnengenossenschaft auf der Seite des Bühnenvereins auftreten wird, erscheint uns kaum zweifelhaft.

Um Toller. Der Verband Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten hat das Bayrische Staatsministerium der Justiz um die Begnadigung Ernst Tollers gebeten. Die Antwort lautete: „Der Bitte um Begnadigung des Studierenden Ernst Toller von München kann nicht entsprochen werden." Von diesem Bescheid wurde Ernst Toller Nachricht gegeben. Toller erwiderte darauf folgendes: „Sehr geehrte Herren, ich danke Ihnen sehr für Ihre freundschaftliche Absicht, mir zur äußeren Freiheit zu verhelfen. Die abschlägige Antwort ist bei den gegenwärtigen Verhältnissen im Freistaat Bayern nicht verwunderlich. Und wäre selbst eine Begnadigung erfolgt, ich hätte sie ablehnen müssen, solange man nicht den Kameraden die Freiheit schenkt, die wegen harmloser Handlungen heute noch mein Schicksal teilen müssen."

Die Gehaltsbewegung in der Staatsoper ist, soweit sie sich um den Chor und das Ballett handelt, durch Vereinbarung zwischen der Organisation und den zuständigen Ministerien beigelegt worden. Die Mitglieder haben auf ihre wesentlichste Forderung, die Beamteneigenschaft, verzichtet. Dagegen ist ihnen schriftlich die Bewilligung einer Pension ausgesprochen worden. Auch hinsichtlich der Gehaltsbezüge haben die Angestellten stark nachgegeben. — Das Anfangsgehalt für Herren ist auf 1250 M. monatlich festgesetzt und steigt bis auf 1400 M. monatlich im Verlauf von 6 Dienstjahren. Die Damen beginnen mit 1125 M. monatlich und steigen bis 1275 M. in der gleichen Zeit. Für Sololeistungen der Mitglieder des Opernchors werden von Fall zu Fall entsprechende Honorare gezahlt. Die neuen Gehaltssätze sind mit rückwirkender Kraft vom 1. Dezember 1920 an in Geltung getreten. Die Ministerien haben die neuen Lasten durch eine Erhöhung der Eintrittspreise bereits auf das Publikum abgewälzt. Im übrigen sind die Mitglieder bereit, durch eine verstärkte Tätigkeit auch außerhalb der Staatsoper zur Beschaffung der Mittel beizutragen. Der Betriebsrat hat es übernommen, der Verwaltung der Staatstheater Vorschläge zu unterbreiten.

Benno Erdmann, Professor der Philosophie an der Berliner Universität, ein hervorragender Kantforscher, ist soeben im 70. Lebensjahr gestorben.

Die Kinos in der Tschechoslowakei nationalisiert. Die Regierung hat mit Wirkung vom 1. Januar 1921 den bisherigen Konzessionsinhabern der Kinotheater die Lizenzen entzogen und sie wohltätigen Gesellschaften und Vereinen zur Verfügung gestellt. Soweit bekannt wurde, gilt diese Maßnahme für alle Kinos in Prag, sowie die größten Städte der Tschechoslowakei. Durch ein besonderes Gesetz sollen die bestehenden Einrichtungen beschlagnahmt und gegen eine Ablösungssumme, man spricht von 30 Prozent über den Ankaufspreis, den neuen Lizenzinhabern übergeben werden. Da die Kinoinhaber nicht glauben wollten, daß es Ernst sei, unterließen sie alle Vorbereitungen zur Uebergabe. Die Regierung hat nun die Frist bis 14. Januar verlängert und ist entschlossen, die Goldgruben der Kinos der privaten Ausbeutung zu entziehen.

Freundliche Einladung. Professor (im chemischen Laboratorium): „Meine Herren! Diese Mischung ist so stark, daß, wenn das Experiment mißlingt, sie uns alle in die Luft sprengen kann. Vielleicht sind Sie so freundlich, etwas näher zu kommen, damit Sie dem Vorgang leichter folgen können."

Tages-Notizen

Volkshochschule Groß-Berlin, Arbeitsstätte Neukölln. Die bisher eingerichteten Fremdsprachkurse (Französisch, Englisch, Spanisch, Russisch) werden im Vierteljahr Januar-März 1921 weitergeführt. Beginn: 17. Januar. Anfängerkurse werden nicht eingerichtet. — Anmeldungen unter Vorlegung der bisherigen Hörerkarten vom 10.—15. Jan. von 10—1 und 5—7, Rathaus Neukölln, Zimmer 218. — Hörgebühr ab 1. Jan. 10 M. bei Kursus.

Die von den akademischen Unterrichtskursen für Arbeiter eingerichteten Lehrgänge (Deutsch und Rechnen) werden fortgesetzt. Neu eingerichtet werden zwei Kurse: Deutsch und Rechnen. Anmeldungen hierzu am 11. Jan., 7 Uhr, Kaiser-Friedrich-Real-Gymnasium. — Sämtliche Fremdsprachen- und Vorkurse finden statt im Kaiser-Friedrich-Real-Gymnasium, Kaiser-Friedrich-Str. 208/210.

Hörerkarten zu den Kursen der Volkshochschule Groß-Berlin ab 8. Jan. erhältlich im Rathaus Neukölln, Zimmer 218, von 10—1 und 5—7 Uhr; „Freiheit", Neckarstr. 5, 9—4 Uhr, Freudenreich, Brig. Hannemannstraße Ecke [illegible], von 9—6 Uhr, und an den Abendkassen der Lehrstätten vor Beginn der beiden ersten Vorträge einer Reihe.

Sprechchor der „Proletarischen Feierstunden". Die Hauptprobe zum Weihespiel „Erlösung" Donnerstag, den 13. Jan., abends 7 Uhr, Aula des Sophien-Realgymnasiums, Steinstraße. Es ist dringend notwendig, daß alle Mitglieder pünktlich erscheinen. Neue Mitglieder, Männer, Frauen und Jugendliche werden aufgenommen. Anmeldungen im Uebungslokal.

Proletarische Veranstaltungen von Neukölln. Von Mittwoch, 12. bis Sonnabend, 15. Jan. gelangt im Marionettentheater des [illegible] „Der gestiefelte Kater" zur Aufführung. Anfang 5½ Uhr. Eintrittskarten für 75 Pfg. im Rathaus, Zimmer 216. Die Vorstellungen finden bis 15. Jan. in der Albrecht-Dürer-Oberrealschule, Emser Str. 137, ab 17. Jan. im Lyzeum, Berliner Str. 10, statt.

Gewerkschaftliches

An die freigewerkschaftlichen Angestellten Groß-Berlins!

Mitglieder und Betriebsvertretungen melden uns, daß Firmenleitungen, vor allem solche der Metallindustrie, durch Anschläge und Rundschreiben die Angestellten zum Eintritt in die sogenannte „Technische Nothilfe" neuerdings wieder auffordern. Die Stellung des AfA-Bundes zur „Technischen Nothilfe" ist klar gelegt worden durch Beschlüsse der entscheidenden Körperschaften. Der AfA-Bund lehnt die „Technische Nothilfe" als eine Körperschaft, welche den organisierten Streikbruch begünstigt, ab. Wer der „Technischen Nothilfe" beitritt, fördert ihre anti-gewerkschaftlichen Bestrebungen und durchkreuzt unter Umständen Kampfmaßnahmen, welche die freien Gewerkschaften im Interesse der Arbeitnehmerbewegung getroffen haben. Hieraus ergibt sich klar, wie ein Angestellter, der einem AfA-Verbande angehört, sich zu entscheiden hat. Kein AfA-Mitglied darf der „Technischen Nothilfe" beitreten. Jedes einzelne Mitglied muß vielmehr deren Bestrebungen bekämpfen. Die freien Gewerkschaften behalten sich während eines Kampfes vor, selbst zu entscheiden, welche Betriebe vom Kampf freizulassen sind.

AfA-Ortskartell Groß-Berlin.
Flatau. Liebeskind. Reinsberg.

Drohender Streik der Hochbahner

Wie bereits in der Presse bekannt geworden ist, stehen die Hochbahner zurzeit in einer Lohnbewegung und zwar hat sich das gesamte Verkehrs-, Werkstatts- und Bureaupersonal zur Durchkämpfung der Forderungen zusammengeschlossen. Die Forderungen des Verkehrs- und Werkstattpersonals stützen sich auf die der städtischen Arbeiter. Der Tarif des Bureau- und sonstigen Angestelltenpersonals baut sich auf bestehende Tarife anderer Berufsgruppen auf.

Die von der Direktion in den bisherigen Verhandlungen gemachten Zugeständnisse sind jedoch so ungenügend, daß sie eine große Entrüstung und Erbitterung in den Reihen der Arbeiter und Angestellten hervorgerufen haben. Sie beweisen, daß die Direktion nicht das geringste Verständnis für die Notlage ihres Personals hat.

Diese Stimmung kam auch in der am Sonntag stattgefundenen, von etwa 2000 Personen besuchten Vollversammlung des gesamten Personals — Hand- und Kopfarbeiter — die der Betriebsrat einberufen hatte, zum Ausdruck. Die Vertreter der Organisationen sowie der Betriebsrat gaben den Verhandlungsbericht. Als bekannt wurde, daß nur 0,40 Mk. pro Stunde für Hand- und Kopfarbeiter angeboten seien und sogar von einem Direktionsvertreter gesagt wurde, das sei das letzte Wort, erhob sich ein Entrüstungssturm. Von allen Rednern, die zu dieser Sache sprachen, wurde das „Angebot" einmütig abgelehnt und eine Resolution beschlossen, in der u. a. die Versammelten die Verhandlungskommission und Organisationen beauftragten: 1. Mit der Direktion sofort erneut über die eingereichten Forderungen in Verhandlungen zu treten. Sollte bis Mittwoch, den 12. d. M., vormittags 10 Uhr, mit den Verhandlungen noch nicht begonnen sein, so ist 2. die sofortige Urabstimmung über die Arbeitsniederlegung einzuleiten. Den Organisationen und der Verhandlungskommission bleibt die Festsetzung des Termins der Arbeitsniederlegung überlassen. 3. Die Verhandlungskommission und die Organisationen haben nach wie vor an den eingereichten Lohnsätzen festzuhalten. Scheitern die Verhandlungen auf Grund ungenügender Zugeständnisse, so erklären sich die Versammelten bereit, mit aller Entschiedenheit den Kampf aufzunehmen.

Nach einem Referat von Rathmann (Transportarbeiterverband) über den zu schaffenden Deutschen Verkehrsbund, erklärten sich die Versammelten einmütig dazu bereit, nach der Reichskonferenz der Straßen- und Kleinbahner im Februar d. J. sich dem Verkehrsbund anzuschließen. — Gleichzeitig wurden die Organisationen beauftragt, sich gegenseitig ins Benehmen zu setzen, um die erforderlichen Vorarbeiten dazu einzuleiten.

Abbau der Existenzsicherheit

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltung Berlin, wird uns geschrieben: Reich und Staat sind der größte Arbeitgeber und die Arbeitsverhältnisse sollten vorbildlich für die Industrie sein, hier soll soziales Verständnis in erster Linie feste Wurzeln gefaßt haben, aber leider ist gerade das Gegenteil zu verzeichnen. Jeder Staatsarbeiter, ob in Verwaltung oder Betrieb, spürt heute den sozialen Geist seines Arbeitgebers. Ein Beispiel aus den letzten Tagen zeigte, wohin der Weg führt. In einem Tarifstreit zwischen Reich und Preußen einerseits und Staatsarbeitern (Verwaltungsarbeitern) andererseits, hatte das Reichskabinett eine Entscheidung gefällt, die die Wünsche der Arbeitnehmer gänzlich unberücksichtigt ließ. Eine Schlichtungsinstanz, wie sie die Verordnung vom 23. Dezember 1918 vorsieht, kommt nicht in Frage, da das Kabinett sich keinem Schiedsspruch beugt, wodurch aber die Staatsarbeiter außerhalb des Tarifrechtes gestellt werden. Die einzige Folgeerscheinung wäre also die Arbeitsniederlegung. Wenn diese bisher verhütet werden konnte, so ist dieses dem Verantwortungsgefühl der Staatsarbeiter zu danken, die dasselbe aufgebracht haben unter Zurückstellung ihrer berechtigten Forderungen auf Existenzsicherheit. Dadurch ist aber die Tatsache zu verzeichnen, daß die Bezüge der Staatsarbeiter in keinem Fall das auf wissenschaftlicher Grundlage beruhende Existenzminimum erreicht haben. Diese organisch fortschreitende Verelendung dieser Arbeiterklasse wird neuerdings noch gefördert durch eine von der Regierung beschlossene Personalverringerung, angeblich aus Etatsrücksichten. Um diese Maßnahme brutaler durchführen zu können, wird den Arbeitern jeder erfolgversprechende Rechtsweg verlegt, so u. a. durch eine Verfügung des Kultusministers, worin zum Ausdruck gebracht wird, daß Einsprüche gegen derartige Entlassungen nicht vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, der bis auf weiteres noch zuständig ist, zum Austrag kommen dürfen, sondern dem Zentral-Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium zu überweisen sind. Als Begründung ist angeführt, daß einzelne Schiedssprüche des Groß-Berliner Schlichtungsausschusses die Etatrücksichten so lange nicht als Kündigungsgrund anerkennen, als noch Arbeit vorhanden und die Arbeitszeit noch nicht gestreckt ist. Hierin erblickt Herr Haenisch eine Gefahr und rechnet also damit, daß der Zentral-Schlichtungsausschuß derartige Schiedssprüche nicht fällen wird, die sich lediglich auf die Verordnung vom 12. Febeuar 1920 stützen. Ob ein Schlichtungsverfahren für die Arbeiter aber noch Zweck hat, wenn die Schutzbestimmungen nicht zur Anwendung kommen dürfen, überlassen wir der geschätzten Leserschaft zur Beurteilung. Ueberall mehren sich die Anzeichen, daß man sehr aktiv wird im weiteren Ausbau der Existenzunsicherheit und im Abbau der vorhandenen sozialen Rechte für die Arbeiter. Die Staatsarbeiter, die durch die Sünden des 6. Juni 1920 einer Regierung ausgeliefert wurden, welche auch unter Wilhelm II. lebensfähig gewesen wäre, erblicken in diesem Vorgehen der Regierung einen konzentrisch geführten Angriff auf die Arbeiterschaft im allgemeinen; denn die Ereignisse in den Lazaretten, in den Reichsbekleidungsämtern und nicht zuletzt in der Reichsdruckerei sind weitere Beweise der hier aufgestellten Behauptungen. Wenn dann zum Schluß noch die Ursache der Krisis bei den Eisenbahnern erwähnt wird, so geht man nicht zu weit, zu behaupten, daß hier systematisch eine Vergewaltigung der Schwachen vorgenommen werden soll, ausgerechnet derjenigen, die an den heutigen traurigen Verhältnissen schuldlos sind. Den Schuldigen möchten wir aber warnend zurufen, der Kalender der Staatsarbeiter trägt nicht mehr die Jahreszahl 1914 und der Geduldsfaden dieser Gruppe droht zu reißen!

Tarifbewegung der staatlichen Verwaltungsarbeiter. In zwei großen Mitgliederversammlungen, einberufen durch den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Sektion Staatsbetriebe, nahmen die Mitglieder den Bericht über das Ergebnis der seit Oktober geführten Tarifverhandlungen entgegen. Kollege Richter sowohl, als auch Mai vom Ortsbureau führten in ihren Berichten aus, daß wohl der soeben abgeschlossene Tarif bei weitem nicht den berechtigten Wünschen der Kollegenschaft Rechnung trägt, daß aber von der Reichsregierung in der heutigen Zusammensetzung nicht das geringste soziale Verständnis für Arbeiterfragen zu erwarten ist. Wenn es trotzdem möglich war, einen Tarifvertrag zustande zu bringen, der das äußerste Minimum einer gesicherten Existenz darstellt, so ist es in erster Linie der intensiven Arbeit eines Vertreters unseres Verbandes zu danken. Dadurch ist es möglich geworden, den Staatsarbeitern, die durch die Verschleppungstaktik der Reichsregierung vor einer wirtschaftlichen Katastrophe standen, im letzten Moment noch vor dem Weihnachtsfest einen Vorschuß zukommen zu lassen, der durch den in greifbare Nähe gerückten Abschluß des langersehnten Tarifvertrages angewiesen werden konnte. — Zum Abschluß gelobten die Versammelten, treu zu ihrem Verbande zu halten und mit zu helfen an dem weiteren Ausbau ihrer Organisation und in den Reihen der Staatsarbeiter dahin zu wirken, daß bei den kommenden Wahlen jeder Kollege und jede Kollegin einen Wahlzettel in die Wahlurne steckt, der die Gewähr gibt, daß eine Regierung gebildet werden kann, die nicht nur reaktionären Tendenzen huldigt.

Interessentenwirtschaft in der Außenhandelsnebenstelle für das Buchgewerbe, Leipzig. Vom Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes wird uns geschrieben: „Es ist dringend erforderlich, daß die Oeffentlichkeit über die Finanzgebarung der zahlreichen bestehenden Außenhandelsstellen und Nebenstellen unterrichtet wird. Diese auf öffentlich rechtlicher Grundlage errichteten Einrichtungen sollen der Wahrung gesamtwirtschaftlicher Interessen dienen und insbesondere der Verschleuderung deutschen Volksvermögens ins Ausland entgegentreten. Durch ihr Recht, Gebühren zu erheben, Valutaordnungen usw. für den Verkehr mit dem Auslande aufzustellen, erzielen sie naturgemäß erhebliche Ueberschüsse, von denen man als selbstverständlich annehmen sollte, daß sie nur für die Zwecke der Allgemeinheit oder für besondere kulturelle und gesamtwirtschaftliche Zwecke Verwendung finden dürften. — Anders denkt hierüber die Außenhandelsnebenstelle für das Buchgewerbe in Leipzig. Diese hat in einer Beiratssitzung vom 23. November 1920 beschlossen, die Hälfte der erzielten Ueberschüsse „an die Spitzenverbände für geleistete Mithilfe zurückzuzahlen", derart, daß die Organisation der buchhändlerischen Unternehmer, der Börsenverein, 90 Prozent erhält, der Rest dem Verein der Notendrucker, dem Verein der Bilderbücher-Fabrikanten und der Vereinigung der Kunstverleger zugeschanzt wird. Auch die zweite Hälfte, die offiziell für soziale Zwecke Verwendung finden soll, wird in Wirklichkeit zu einem großen Teil den Interessentenverbänden ausgeliefert, so erhält z. B. die Unterstützungskasse des Allgemeinen Deutschen Buchhandlungsgehilfen-Verbandes, eine ausgesprochene gelbe Organisation, 30 000 M., eine Erwerbsgesellschaft wie die Deutsche Gesellschaft für Auslandsbuchhandel 50 000 M.; auch die anderen Angestelltenverbände des Buchgewerbes sollen 20 000 M. erhalten. Selbstverständlich haben die freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände — der Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes und der Zentralverband der Angestellten — die Annahme derartiger Gelder verweigert. Außerdem haben wir sofort nach Kenntnisnahme des Sitzungsprotokolls Protest bei der Außenhandelsnebenstelle für das Buchgewerbe und der Außenhandelsstelle für das Papierfach eingelegt. Die Angelegenheit dürfte auch Gegenstand einer Erörterung im vorläufigen Reichswirtschaftsrat werden. Es handelt sich bei den Außenhandelsstellen vielfach um recht bedeutende Beträge, über deren Verwendung die Oeffentlichkeit unbedingt unterrichtet werden muß, um derartigen Machenschaften, wie den hier geschilderten, entgegentreten zu können."

Ein prügellustiger Unternehmer. Von einem stellungsuchenden Zeichner wird uns mitgeteilt, daß er auf eine Anzeige der Firma Kruse, Lindenstr. 73, sich um eine ausgeschriebene Stelle als Reklamezeichner beworben habe. Er sei am Donnerstag von dem Firmeninhaber, Herrn Kruse, empfangen worden und in einer außerordentlich unhöflichen Weise habe dieser seine Bewerbung abgelehnt. Bei der heutigen Arbeitslosigkeit haben sich die Stellungsuchenden ohnedies schon geradezu die Manieren von Bittstellern angewöhnen müssen, aber selbst diese Höflichkeit konnte Herrn Kruse nicht veranlassen, sich anständig zu benehmen. Er befahl dem Angestellten sehr plötzlich das Zimmer zu verlassen, und konnte das nicht erwarten, sprang zur Tür und warf sie zu, in demselben Moment, als der Angestellte eben erst hinausging. Dadurch wurde der Mantel des betreffenden in die Tür eingeklemmt. Er klopfte mehrmals an die Tür und ersuchte Herrn Kruse, sie zu öffnen, vergebens. Als der Zeichner versuchte, die Tür selbst aufzubekommen, öffnete sie sich plötzlich und durch den Spalt schlug Herr Kruse mit einem festen Knüppel auf den Zeichner ein. Dieser konnte aber den Schlag mit dem Arm auffangen. Mit welcher Wucht aber dieser Schlag geführt worden war, beweist, daß trotz des dicken Mantels auf dem Arm eine Hautabschürfung zu sehen war. Der Zeichner bemühte sich vergeblich, auf der Polizeiwache in der Oranienstraße 119, um ein Einschreiten gegen diesen prügellustigen Herrn. Müssen sich denn stellungsuchende Angestellte von den Unternehmern alles bieten lassen?

Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Reichs- und Staatsarbeiter. Im November vor. Jahres haben die in Frage kommenden Spitzenverbände eine Erhöhung der Teuerungszuschläge für die im Reichs- und Staatsdienst stehenden Verwaltungs- und Betriebsarbeiter beantragt. Dieser Anträge wegen haben in den letzten Tagen zwischen den Regierungsstellen und den Spitzenverbänden erneut Verhandlungen stattgefunden, die ein abschließendes Resultat noch nicht ergeben haben. Die Regelung wird von den Regierungsstellen nach dem Vorgange bei den Reichseisenbahnern in Vorschlag gebracht. Trotz der gegen eine Regelung nach diesen Sätzen bei den Spitzenverbänden vorliegenden starken Bedenken wird eine Verständigung als nicht aussichtslos angesehen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin. Arbeitslose und pensionierte Mitglieder! Der Termin für die Abhebung der Weihnachtsunterstützung ist bis auf Mittwoch, den 19. Januar, verlängert worden. Später findet keine Auszahlung mehr statt. In Frage kommen nur arbeitslose Mitglieder, die mindestens vom 6. Dezember ab arbeitslos waren und die Pensionierten. Wir machen ferner darauf aufmerksam, daß auch die ausgesteuerten Kolleginnen und Kollegen für die von der Generalversammlung der Filiale Groß-Berlin beschlossene 13wöchige erhöhte Arbeitslosenunterstützung bezugsberechtigt sind. Berechtigt sind alle Mitglieder nach mindestens 26wöchentlicher Mitgliedschaft. Meldung im Ortsbureau, Johannisstraße 14/15, nur vormittags von 9 bis 12 Uhr. Mitgliedsbuch resp. -karte und Arbeitslosenkarte sind mitzubringen.

Die Ortsverwaltung.

Karten zur Angestelltenversicherung. Die Erneuerung der gefüllten Versicherungskarten Nr. 2 zur Angestelltenversicherung hat begonnen. Um Rückfragen zu vermeiden, ist darauf zu achten, daß zu jeder neuen Karte Nr. 3 auch eine neue Aufnahmekarte Nr. 3 auszufüllen ist. Die alte Karte ist in denjenigen Fällen mitvorzulegen, in welchen auf der bisherigen Karte die Befreiung von der eigenen Beitragsleistung nach § 390 A. V. G. bescheinigt, also die Frage in der Mittelspalte mit „ja" beantwortet ist. Die Angestellten haben sich die Karten in der Ausgabestelle Berlin, Klosterstraße 65/67, Zimmer 28—33, wochentäglich von 8—3 Uhr ausstellen zu lassen. Es wird empfohlen, sich einen Federhalter mitzubringen, da die ausgelegten dauernd verschwinden. Die Erneuerung der Karten auf dem Postwege und die Zusendung von Vordrucken geschieht auf Gefahr und Kosten des Gesuchstellers. Das für die Rücksendung erforderliche Freikuvert ist beizufügen.

Aus den Organisationen

Neukölln. 14. Bezirk. Zahlabend 13. Januar, abends 7½ Uhr, bei Weber, Emser- Ecke Boberstraße.

Vereinskalender

Betriebsräte Schönebergs. Die Betriebsräte aller Parteirichtungen der Schöneberger Betriebe werden zu einer wichtigen wirtschaftlichen Besprechung mit dem Schöneberger Arbeitslosenrat am Mittwoch, abends 7 Uhr, im Lokal Sterbe, Ebers- Ecke Albertstraße, gebeten.

Soz. Proletarierjugend, Gruppe Süden-Südwest. Heute abend 7 Uhr, in der Schule Wassertorstr. 31, pt. rechts, Zimmer 18, Vortrag, Verschiedenes, Gesang.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Lomeriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

7. Distrikt, Abt. 5, Bez. 317

Am 6. Januar verstarb unser Genosse, der Arbeiter

Otto Troschke

Memeler Str. 22. Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 12. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Gerichtstr. statt. — Um rege Beteiligung ersucht

Die Distriktsleitung.

Depot: Bergstr. 34. Nord. 4838

Händler gesucht für den Vertrieb aktueller Broschüren Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Das Gewerkschaftskartell Zeitz, Prov. Sachsen, sucht für sofort einen tüchtigen

Betriebsräte-Sekretär

Reflektiert wird nur auf erste Kraft, welche das Betriebsrätewesen beherrscht, und in der Lage ist, die Schulung und Bildung der Betriebsräte zu übernehmen.

Bewerbungen mit der Aufschrift „Bewerbung" und Angabe von Gehaltsansprüchen, sind bis zum 25. Januar zu richten an Paul Müller, Zeitz, Prov. Sachsen, Donaliesstraße 12/13, Metallarbeiter-Bureau.

Der Kistenverschluß-Apparat „Herkules"

bietet den größten Schutz gegen Diebstahl. Schnellster u. billigster Verschluß. Kein Nageln mehr, kein Zerbrechen der Kisten auf dem Transport und beim Oeffnen.

Georg Jurk Berlin N 39, Lynarstr. 13. Telephon: Moabit 4462.

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Spediteuren des Verlages — Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9

Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto. Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Gelegenheitskauf. Schick gefertigte elegante Herrenanzüge 295.— Mark, Jünglingsanzüge 240.—, Ruh, Wilhelmstr. 40a, Kochstraßenecke.

Kreuzfüchse, Alaskafüchse, Rotfüchse sowie alle anderen Pelzarten wegen vorgerückter Saison jetzt zu herabgesetzten, staunenerregend spottbilligen Preisen! Alles neu, keine Versatzwaren! Leihhaus, Warschauer Straße 7.

Kreuzfüchse! Silberfüchse, Alaskafüchse, sowie alle Pelzarten jetzt halbe Preise, selten billiger Gelegenheitskauf, keine Lombardware, Leihhaus Köpenicker Str. 124.

Gesellschaftsanzüge aller Art, Ulsterpaletots, Jackettanzüge, teilweise wenig getragen, preiswert verkäufl. Schnapek, Skalitzer Str. 128, Nähe Kottbuser Tor. Hausnummer achten. Gesellschafts-Anzüge auch leihweise

Bettwäsche, Fabrikpreise, Hasenheide 93.

Schlafzimmer, eiche, nußb., weiß, 3450.—, Stube gebraucht Küchen 575.—, prima Emaillelack. Zahlungserleichterung, Auktionsspeicher Badstraße 31.

Chaiselongues 295.— bis 575.—, Umbauplüschsofas, Auflegematratzen, Patentmatratzen 100.—. Walter, Stargarder Straße 18.

Chaiselongues 195.— bis 600.—, Metallbetten 250.— bis 2000.—, weiße Schlafzimmer Meicke, Augustr. 32a, Quergb.

Möbel, gebraucht und neu, Stube und Küche, gut erhalten. 1800.—. Rehfeld, Badstraße 34 Hausnummer achten.

Möbel

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 350 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Kimmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Kaufgesuche

Kugellager kauft dauernd jeden Posten Ebertystr. 46 (Laden) Tel. Kgst. 3783.

Zündkerzen, alte und neue, Kugellager, Vergaser, Magnete kauft laufend Fahrradgeschäft, Schönhauser Allee 163.

Elektrischer Einkauf, Draht, Kabel, Litzen, Motoren, Glühlampen, sowie alle Installationswaren. Einkaufszentrale Fennstraße 52 (Moabit 6034).

Kokoschi, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin, Gold, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik Brunnenstraße 168.

Schellack, [illegible] Koepke, Grabbenkammerstr. 3.

Werkzeuge u. Maschinen

Kaufe jeden Posten **Spiralbohrer** Schmirgelleinewand Müller, [illegible] Alexanderplatz

Spiralbohrer kauft Berger, Prenzlauer Str. 56 (Alexandrpl.)

Dynamo und Spülendebühr kauft Elektrobureau Lange Straße 271 (Alexander 3939).

Spiralbohrer, Schmirgelleinewand, Reibahlen, Gewindebohrer, Holzbohrer, Hammer, Handbohrmaschinen, Stechbeitel, alle Arten Zangen, Holz-, Schlosser-, Maschinenschrauben kauft gegen sofortige Kasse Werkzeughandlung Richthofenstraße 10. Königstadt 8607.

Kaufe dauernd Spiralbohrer, Kugellager, Feilen, Holz-, Maschinenschrauben, Schmirgelleinen usw. Naunynstraße 22.

Verschiedenes

Existenz (auch für Kriegsbeschädigte geeignet). Erforderlich ca. Mk. 100.—. Auskunft umsonst durch E. Altmann, Camphausen 12 (Saar) Abt. 3.

Zelluloidwaren repariert Born, Reichenberger Straße 7.

Elternbeiräte! Richtlinien für eure Tätigkeit findet ihr in der Schrift von Dr. Kurt Kerlöw-Löwenstein, „Der Elternbeirat" (2,25 Mk.) Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Jeder Betriebsrat muß die Schrift von Rud. Hilferding „Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen" lesen. Preis 1.— Mk. (Porto extra). Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Der Mord an Karl Liebknecht und Luxemburg (15. Jan. 1919). Zusammenfassende Darstellung des gesamten Untersuchungsmaterials. Mit Porträts der Ermordeten. Gegen Einsendung von 6 M. zu beziehen von der Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Fahrräder

Motorräder, Autozubehör, Motore kauft Henker & Pilz, Schwedter Straße 258.

Ansiedelungen

Selbstbau

Bargellen teils eingezäunt, nahe Bahnhof Fredersdorf, Hohenneuendorf. Kleine Anzahlung. Hüllen, Steglitz, Treitschkestraße.

Zum Todestage

Karl Liebknechts

und

Rosa Luxemburgs

(15. Januar 1919)

DER MORD

an

Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg

Mit Porträts der Ermordeten und Bildern der Angeklagten / 115 Seiten / Preis 6.— Mark

Karl Liebknechts letzte Tage

Preis 40 Pfennig

Postkarten mit Porträts

Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs à 30 Pfennig

Wiederverkäufern hoher Rabatt!

Buchhandlung „FREIHEIT"

Berlin C 2, Breite Straße 8—9